

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 1

Von 30.Dezember bis

05.Januar 2025



20 Auskunftspersonen wurden befragt

Teurer U-Ausschuss mit wenig Resultat

Erstmals nach 1993 wurde in Tirol 2019 dieses politische Mittel eingesetzt.

Die Tiroler Oppositionsparteien – damals SPÖ, FPÖ, Neos und Liste Fritz – verkündeten im Februar 2019, einen Untersuchungsausschuss zu der für die Flüchtlingsbetreuung zuständigen Tiroler Soziale Dienste GmbH (TSD) einsetzen zu wollen – um bei der 100-prozentigen Landes-Tochter „endlich Licht ins Dunkel“ zu bringen, hieß es. Die Opposition setzte diesen U-Ausschuss auch durch.

Anfang Oktober desselben Jahres fanden folglich die ersten Zeugenbefragungen statt. In den Monaten danach folgten diverse Unterbrechungen – einerseits wegen fehlender Protokolle und Akten, andererseits wegen der Corona-Pandemie. Im Juni 2020 wurde schließlich ein Schlussstrich gesetzt und alles abgeschlossen.

Was haben die insgesamt 50 Stunden Befragungen

gebracht, außer kolportierten Kosten von einer halben Million Euro und einem Endbericht? Viele Fragen blieben offen – zum Beispiel, ob überhaupt alle Akten vorgelegt sind. Der damalige LH Günther Platter (ÖVP) betonte, dass sein Büro alles zur Verfügung gestellt habe. Wenig bis gar nicht beleuchtet wurde, ob es Weisungen gegeben hat. Ungeklärt blieb auch die Frage, wer die Gesamtverantwortung für teuren Fehler trägt und welche politischen Konsequenzen der U-Ausschuss haben wird.

„Die von der Opposition angekündigte ‚Smoking Gun‘ wurde nicht gefunden“, bilanzierte VP-Fraktionsführer Hermann Kuenz. Die Neos betonten: „Wir wissen nun, dass mehr als 22 Mio. € in die Luft geblasen wurden. Ein Politikversagen wie dieses ist einzigartig in Tirol.“ js



Der soziale Wohnbau soll durch so genannte Raumordnungsverträge bei der Umwidmung von Frei- in Bauland ermöglicht werden.

Foto: Rita Falk

Höchstgericht bestätigt Vorrang für sozialen Wohnbau

Nachträgliche Klage gegen einen Widmungsvertrag zur Errichtung von zwölf wohnbauförderten Wohnungen in Längenfeld abgewiesen.

Innsbruck, Längenfeld – Mit Raumordnungsverträgen verfügen Gemeinden über einen wirksamen Hebel für leistbares Wohnen. Bei Widmungen von Frei- in Bauland können sie u. a. festlegen, ob die Hälfte des Grundstücks zu sozial verträglichen Preisen veräußert werden oder bei einem Vorhaben ein Teil der Wohneinheiten zu Bedingungen der Wohnbauförderung errichtet werden muss. In der Raumordnungsnovelle des Landes werden die Vorgaben dafür noch einmal konkretisiert.

Auf einen solchen privatrechtlichen Vertrag hat sich eine Baugesellschaft 2021 in Längenfeld eingelassen. Die Gemeinde beharrte bei der

Widmung darauf, dass nur zwölf wohnbauförderte Wohnungen entstehen dürfen. Zwar hatte die Wohnbaugesellschaft Bedenken dagegen angemeldet, aber ak-

„Die privaten Baugesellschaften können sehr wohl auch wohnbauförderte Anlagen errichten.“

LHStv. Josef Geisler/ÖVP (Raumordnungsreferent)

zeptierte den Vertrag. Danach erfolgte jedoch die Klage.

Bei Abschluss des Vertrags habe man sich in einer „Zwangslage“ befunden, der Raumordnungsvertrag als

Voraussetzung für die Änderung eines Flächenwidmungsplans und die Erlassung eines Bebauungsplans stelle ein schuldhaft rechtswidriges Verhalten dar, wurde argumentiert. Der Bauträger hat auf Schadenersatz geklagt, weil er die Wohnungen und die Abstellplätze seines Neubauprojekts nicht frei finanziert veräußern könne.

Bezirks- und Landesgericht wiesen die Klage jedoch ab, jetzt hat der Oberste Gerichtshof die rechtliche Zulässigkeit des Raumordnungsvertrags ebenfalls bestätigt. „Ein Raumordnungsvertrag, mit dem sich ein Bauträger gegenüber einer Gemeinde zur Bebauung einer ihm gehörenden Liegenschaft mit einer förderbaren Gesamtanlage verpflichtet, ist jedenfalls dann grundsätzlich zulässig, wenn die Liegenschaft zuvor als Freiland gewidmet war und erst durch die Umwidmung, die aufgrund des Raumordnungsvertrags erfolgte, bebaubar wurde“, heißt es in der Begründung des Höchstgerichts.

Für Raumordnungsreferent Josef Geisler (VP) kann damit nicht mehr an der Vertragsraumordnung gerüttelt werden. „Sie wird zwar immer wieder angefochten, doch die Rechtsprechung ist mittlerweile klar.“ Das öffentliche Interesse am leistbaren Wohnen sei dokumentiert. Mit der Vertragsraumordnung hätten die Gemeinden nämlich ein wirkungsvolles Instrument für die Schaffung von leistbarem Wohnraum in der Hand.

Einklang mit den Zielen des Tiroler Raumordnungs-gesetzes verfolgte, nämlich das Raumordnungsziel ‚leistbares Wohnen‘ zu verwirklichen.“ Die Kanzlei Lang vertrat die Gemeinde über die Instanzen. Rechtsanwältin Julia Fiegl-Lang: „Mit diesem OGH-Urteil haben die Gemeinden erstmals Rechtssicherheit. Wenn die Gemeinde ein Grundstück umwidmet, kann sie vertraglich sicherstellen, dass alle Wohnungen für den geförderten Wohnbau verwendet werden müssen.“ (fell)

Vertragswidmung



Mit der Vertragsraumordnung kann die Bebauung festgelegt werden.

Foto: APA

Privatrechtliche Verträge. Mit der Vertragsraumordnung haben die Gemeinden die Möglichkeit, leistbares Wohnen zu fördern. Dabei müssen bei Neu- und Umwidmungen von Freiland in Bauland 50 Prozent der Fläche zu Wohnbauförderungspreisen an die Gemeinde abgetreten werden.

Verträge über Vergabemöglichkeiten. Die Gemeinde kann sich dabei auch die Vergabe von Wohnungen einräumen lassen.

Private Bauträger fühlen sich benachteiligt. Durch Vorgabe überhöhter Wohnbauförderungs-Anteile sind aus ihrer Sicht viele Projekte wirtschaftlich nicht mehr realisierbar. Es sei unrealistisch anzunehmen, dass Grundstückseigentümer gewidmetes Bauland Bauträgern großflächig zu Wohnbauförderungspreisen veräußern würden. Geisler sieht allerdings keine Benachteiligung: im Gegenteil. „Die privaten Baugesellschaften können sehr wohl auch wohnbauförderte Anlagen errichten.“ (pn)

Pathologie-Chef mit sieben weiteren Jobs

Zu viel ist zu viel: Das kritisiert der Bundesrechnungshof beim Geschäftsführer der Pathologie von den Tirol Kliniken. Auch sein Gehalt mit hoher Zulage stößt sauer auf.

Innsbruck – Strukturell und administrativ geloben die Tirol Kliniken bei ihrer eigenen Pathologie, der Innpath-Gesellschaft, Besserung. Sie hat über 50 MitarbeiterInnen, jährlich werden rund 40.000 Proben untersucht. Wie berichtet, fordert der Rechnungshof bei dem 2018 gegründeten Unternehmen jedoch mehr Transparenz und klare Richtlinien, was die Verträge, Nebenbeschäftigungen, Ausschreibungen und Vergabe von Fremddienstleistungen betrifft. Vor allem der ärztliche Leiter, Geschäftsführer und Facharzt an der Innpath, Afshin Soleiman, gerät dabei ins Visier der Kritik.

Zu viele Tätigkeiten

Während der Bundesrechnungshof (RH) Unvereinbarkeiten bemängelt, bezeichnet ihn der medizinische Geschäftsführer der Tirol Kliniken Christian Haring als Rückgrat der Innpath und für die pathologischen Untersuchungen im Zusammenhang mit der Patientenversorgung. Dennoch: Wie der RH ausführt, übt Soleiman neben seiner Vollzeitbeschäftigung als Facharzt bei der Innpath und seiner Tätigkeit als Geschäftsführer noch sieben Nebenbeschäftigungen aus. Bei fünf privaten Firmen ist er ebenfalls Geschäftsführer.

Kritisiert wird außerdem Soleimans Gehalt, das nicht der Manager-Richtlinie des Landes entspricht. Unter Einbeziehung sowohl des Entgelts als Facharzt als auch der Zulage von 47 Prozent

seines Gehalts für die Funktion des Geschäftsführers liegt sein monatlicher Bezug deutlich über jenem des Tiroler Landeshauptmanns.

Medizin-Rektor sieht Anstoß

Dass die Medizinische Universität Innsbruck mit einem infrastrukturell aufgerüsteten Pathologie-Institut nur ein Schattendasein fristet, sieht der Rechnungshof ebenso kritisch. Seit Jahren gibt es Gespräche über eine bessere Zusammenarbeit, in der Neuropathologie gibt es gute Ansätze. Medizin-Rektor Wolfgang Fleischhacker hofft deshalb, dass der Rechnungshof-Bericht ein wichtiger Anstoß für eine vertiefende Zusammenarbeit und Synergien zwischen den beiden Pathologien ist.

Das erwartet sich gleichfalls Liste-Fritz-Parteiobfrau Andrea Haselwanter-Schneider. „Nicht alles muss ausgelagert werden. Es gibt einen Zusammenarbeitsvertrag der Tirol Kliniken mit der medizinischen Universität.“ Ingesamt ortet Haselwanter-Schneider bei 32 Empfehlungen des Rechnungshofs ein Kontrollversagen durch die zuständige Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP) und die Tirol Kliniken. „Eigentlich war das Ziel ja eine Reduktion von Nebenbeschäftigungen, hier werden Nebenbeschäftigungen geradezu gefördert. Dem ärztlichen Leiter werden Leistungen nahezu vergoldet. Bei solchen Gehältern müssen Mehrleistungsstunden inkludiert sein.“ (pn)

Kommentar

Ohne Transparenz und Kontrolle geht es nicht

Von Peter Nindler

Die Kritik des Bundesrechnungshofs an der Pathologie der Tirol Kliniken ist nicht ohne. Das hat nichts mehr mit schlampigen Verhältnissen zu tun. Die strukturelle Notlage, die zur Gründung einer eigenen Pathologie vor sechs Jahren geführt hat, weil das universitäre Pathologie-Institut abgewirtschaftet wurde, ist längst vorbei.

Die privatwirtschaftliche Struktur der „Innpath“ entspricht wahrscheinlich mehr den modernen Anforderungen in einem höchst vielfältigen und komplexen medizinischen Fachbereich. Der jedoch eine zentrale Rolle in der Patientenversorgung spielt, zumal das (erkrankte) Gewebe untersucht wird. Das ist entscheidend für die Diagnose und die anschließende Therapie. Vor allem in der Onkologie.

Gesellschafter sind allerdings die Tirol Kliniken und dahinter

steht das Land. Im öffentlichen Bereich benötigt es unbedingt Transparenz, wichtige Kontrollmechanismen wie einen Aufsichtsrat bzw. das Einhalten der Managerrichtlinie sowie der Corporate-Governance-Leitlinien („Unternehmensführung und -kontrolle“) für Beteiligungen.

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Pathologien an der Med-Uni und den Tirol Kliniken ist natürlich ein Gebot der Stunde. Wobei der Schwerpunkt bei den Befundungen eindeutig bei der Innpath bleiben muss. Doch Lehre und Wissenschaft benötigen eine funktionierende universitäre Pathologie, die dann wiederum durch Forschung das Erkennen von Erkrankungen weiterentwickelt und exakter macht. Und das kommt genauso der Patientenversorgung zugute.



Im bayerischen Inntal gibt es massive Bürger-Proteste gegen den viergleisigen Ausbau und die vorgesehene Trasse für die Zulaufstrecke. Foto: Bürgerforum Inntal

Brenner-Nordzulauf steckt im Wahlkampf fest

Innsbruck, München – Im Wahlkampf für die deutsche Bundestagswahl am 23. Februar macht die in Bayern regierende CSU Druck. Sie drängt auf eine Trassenänderung für die Zulaufstrecke zum Brennerbasistunnel im Bereich Rosenheim. Dies soll auch in ei-

nen Koalitionsvertrag bei der Regierungsbildung hineinverhandelt werden.

Damit droht eine Verzögerung des 10-Milliarden-Projekts von weiteren Jahren. Eine Fertigstellung vor 2050 wird deshalb immer unwahrscheinlicher. (TT)

Wirbel um Wohnstube in Seniorenheim Wörgl

Zuerst schien die Zukunft der Betreuungseinrichtung Wohnstube zu wanken, nach Kritik ruderte Wörgl zurück.

WÖRGL. Bereits im Jahr 2011 wurde das Projekt „Wohnstube“ im Wörgler Seniorenheim ins Leben gerufen. Die Tagesbetreuungseinrichtung für Menschen

JAHRESRÜCKBLICK JULI

mit Demenz im Erdgeschoss des Heimes war bei vielen sehr beliebt. Dennoch folgte im Juli 2024 der Paukenschlag: Die Einrichtung könnte es in dieser Form



Das vermeintliche Aus für Wörgls „Wohnstube“ regte auf. Foto: Fluckinger

möglicherweise künftig nicht mehr geben. Der Grund: Im Seniorenheim wurde eine Analyse durchgeführt, anhand derer ermittelt werden sollte, wie eine ideale Betreuung der Bewohne-

rinnen und Bewohner aussehen könnte. Eine Wohnstube sei kein Muss. Nach Bekanntwerden des Ansinnens folgte Kritik seitens der Liste Fritz sowie aus Wörgler Fraktionen des Gemeinderates. „Eine Schließung stand zu keinem Zeitpunkt im Raum. Dieses Projekt wird nach wie vor weitergeführt“, betonte daraufhin Seniorenreferentin Elisabeth Werlberger. Auch die Vorwürfe zu internen Differenzen und der somit vermeintlichen Schließung des Projektes wies sie zurück.

Es habe keine Differenzen gegeben, die Einfluss auf das Projekt gehabt hätten. Die „Wohnstube“ werde also unabhängig von personellen Veränderungen fortgeführt.



Aus der Grundsteuer für Immobilien werden derzeit in Tirol jährlich rund 80 Millionen Euro eingenommen. Foto: imago/Simon

Grundsteuer vor deutlicher Erhöhung

Bei den Koalitionsverhandlungen in Wien hat man sich offenbar auf eine deutliche Erhöhung der Grundsteuer geeinigt. In Tirol herrscht eine gewisse Skepsis dagegen.

Innsbruck, Wien – Es ist eine langjährige Forderung der österreichischen Gemeinden. Auch aus Tirol. Die Grundsteuer ist eine ausschließliche Gemeindeabgabe. Der Gemeindebund drängt seit Jahrzehnten auf eine Reform, weil die Bemessungsgrundlage der so genannten Grundsteuer B seit der ersten und einzigen Hauptfeststellung 1973 nicht mehr aktualisiert wurde. Zwischenzeitlich erfolgten lediglich pauschale Anhebungen der Einheitswerte.

Hintergrund

Vor allem geht es um diese Grundsteuer B, die Einfamilienhäuser, Miet- und Gewerbeimmobilien sowie andere bebaute und unbebaute Grundstücke umfasst. Für ein durchschnittliches Einfamilienhaus müssen derzeit 15 bis 20 Euro pro Monat an Grundsteuer bezahlt werden. Für landwirtschaftliche Flächen muss Grundsteuer A gezahlt werden. Die Tiroler Gemeinden nehmen jährlich rund 80 Millionen Euro aus der Grundsteuer ein, österreichweit sind es 750 Millionen Euro. Laut Österreichischem Gemeindebund betragen die Mindereinnahmen für die Gemeinden durch die fehlende Valorisierung pro Jahr 380 Millionen Euro. Auf Tirol würden davon rund 30 bis 35 Millionen Euro entfallen.

Auf der Suche nach Einnahmen für das schwer angeschlagene Bundesbudget kam auch die Erhöhung der Grundsteuer auf das Tapet der Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS. Und da soll es nicht nur Bewegung gegeben haben, sondern auch einen Durchbruch. Denn die Grundsteuer B könnte deutlich erhöht werden. Im Raum steht zumindest eine Verdoppelung, dadurch würden 750 Millionen Euro zusätzlich in die Gemeindekassen fließen.

So sehr wegen der seit 50 Jahren nicht mehr angetasteten Einheitswerte, die für die Berechnung der Grundsteuer maßgeblich sind, eine Erhöhung eigentlich begrüßt wird, gibt es in Tirol doch einige Vorbehalte dagegen. Im Land wird befürchtet, dass sich eine höhere Grundsteuer negativ auf die Wohnkosten auswirken würde. Die schwarz-rote Landesregierung hat sich schließlich leistbares Wohnen auf die Fahnen geheftet. Die Befürchtung: Die Immobilienpreise beim Verkauf bzw. die Mieten steigen. Das Land versucht bereits mit einer Leerstandsabgabe Wohnraum zu mobilisieren.

7,6 Mio. Euro für Feriensitze
Aus der Freizeitwohnsitzabgabe lukrierten die Tiroler Gemeinden 2023 rund 7,6 Millionen Euro. Das Geld fließt ebenfalls in die Gemeindekassen. (pn)

„Die große Austrittswelle wird es nicht geben“

Trotz einzelner Austritte und kritischer Stimmen ist für Präsident Karl-Josef Schubert der Tiroler Gemeindeverband keineswegs in Gefahr.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Für die 277 Gemeinden wird es ein wirtschaftlich-finanziell äußerst herausforderndes Jahr. Für den Gemeindeverband, der sie als Interessenvertretung vertritt, ebenfalls. Schließlich dürfte er heuer mit konkreten Forderungen nach der 10-Millionen-Euro-Pleite der verbandseigenen GemNova-Dienstleistungsgruppe konfrontiert werden. Andererseits ist der Verband kein Selbstläufer mehr. Hall hat sich von ihm verabschiedet, St. Johann und Fritzens folgen 2026.

Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert geht es deshalb darum, umfassende Überzeugungsarbeit zu leisten, wie er gegenüber der *TT* betont. Zugleich spricht er sich für tiefgreifende Reformen bei den finanziellen Transferleistungen an das Land aus. „Seit Jahrzehnten werden immer mehr Aufgaben an die Gemeinden übertragen, ohne die Finanzierung dafür langfristig zu sichern.“ Trotz der angespannten kommunalen Budgets lehnt Schubert Zwangsfusionen von Gemeinden ab. Vielmehr benötigt es noch mehr Zusammenarbeit unter den Kommunen, „die auch steuerlich begünstigt werden müssen“.

Den Debatten über den Gemeindeverband will sich Schubert offensiv stellen. Als Beispiel nennt er Lienz, wo die Zweifel an einer Mitgliedschaft schlussendlich ausgeräumt werden konnten. „Die GemNova-Pleite ist nicht immer der Hauptgrund, warum die Sinnhaftigkeit des Verbands infrage gestellt wird. Es geht generell um finanzielle und strukturelle Fragen.“ Schubert glaubt, dass es heuer „ruhiger wird“, aber ausschließen könne er weitere Austritte von Gemeinden nicht. „Die große Austrittswelle wird es jedoch nicht geben.“

Dass der Gemeindeverband lediglich eine „schwarze Vor-



Finanziell ist es in vielen Tiroler Gemeinden bereits fünf vor zwölf. Die Aussichten für heuer sind gedämpft. Foto: Rita Falk

feldorganisation“ mit roten Tupfen sei, weist Schubert entschieden zurück. „Wir haben keine politische Ausrichtung, Beschlüsse werden nicht auf Basis von Ideologien gefasst. Und ich selbst treffe keine Entscheidung alleine.“ Als Interessenvertretung zeige man Ecken und Kanten, „zugleich versuchen wir das Beste für die Gemeinden herauszuholen“. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen sei eine starke Interessenvertretung mehr denn je notwendig.

Tirols Gemeinden verzeichneten 2023 eine Rekordverschuldung. Sie stieg auf 1,196 Milliarden Euro an, dazu kommen noch die Verbindlichkeiten für die Gemeindeverbände von 235 Mio. Euro. „Obwohl sich natürlich die wirtschaftliche Rezession negativ auf die Budgets auswirkt und die Folgen der Abschaffung der kalten Progression massiv unterschätzt wurden“, beklagt sich Karl-Josef Schubert (VP) nicht über die Einnahmen. „Die viel zu hohen



Foto: Axel Springer

„Nicht die Einnahmen, sondern die viel zu hohen Ausgaben sind das Problem. Es benötigt eine Ausgaben- und Aufgabenreform.“

Karl-Josef Schubert
(Gemeindeverbandspräsident)

Ausgaben sind das Problem. Da müssen wir ansetzen, und zwar gemeinsam mit Land und Bund.“

Kritisch hinterfragt Schubert die steigenden Transferzahlungen (u. a. Sozialbeiträge, Gesundheitsfonds oder Krankenhausumlage) an das Land. Rund 539 Mio. Euro wa-

ren es 2023. „Das alles wird sich nicht mehr ausgehen, da braucht es eine Aufgabenreform.“ Alleine in den nächsten zehn bis 15 Jahren müssten rund 850 Millionen Euro in die Bezirkskrankenhäuser investiert werden, dazu komme noch ein hoher infrastruktureller Sanierungsaufwand bei den Schulen oder der örtlichen Kanalisation. „Das können die Gemeinden nicht mehr stemmen“, betont Schubert. Das Schnüren von Gemeindefinanzpaketen ist für ihn nicht der Weisheit letzter Schluss, „es braucht eine auf Jahre gesicherte Finanzierung“. Letztlich reduziere sich alles auf die Frage, was leistbar sei und was nicht.

Im Zusammenhang mit einer neuen Finanzierungsaufteilung, also einem Tiroler Finanzausgleich, könnte für Schubert auch über die von den Tiroler Gemeinden entrichtete, aber seit Jahren umstrittene Landesumlage von derzeit 85 Millionen Euro diskutiert werden.

Politik in Kürze

Grüne fordern Aus für das Dieselprivileg

Heftige Kritik am beharrlichen Festhalten der ÖVP an der steuerlichen Begünstigung von Diesel („Dieselprivileg“) übt der grüne Klubchef **Gebi Mair**. Nach einer Untersuchung im Auftrag des Landes Tirol würden bei einem Schwellenwert von 60 Kilometern nur 40 Prozent der Lkw über den Brenner den kürzesten Weg nehmen. „60 Prozent des Transits sind somit Umwegverkehr und nehmen eine längere als die optimale Strecke in Kauf: mit mehr Spritverbrauch, höheren Personalkosten und höherer Abnutzung. Dies erklärt sich im Wesentlichen durch niedrigere Mauten und Kraftstoffpreise.“ Das



Gebi Mair übt harsche Kritik an der Volkspartei. Foto: Rita Falk

Aus für das Dieselprivileg habe das Potenzial, zwei Drittel des Lkw-Verkehrs über den Brenner zu reduzieren oder zumindest für zusätzliche Einnahmen zu sorgen, die von internationalen Speditionen bezahlt werden.

Sollte die starke Tiroler Beteiligung an den Verkehrsverhandlungen der neuen Bundesregierung also am Dieselprivileg festhalten, dann halte sie Tirol auch weiterhin im Würgegriff des Transits, erklärt Mair. „Die Verkehrspolitik von ÖVP, SPÖ und NEOS scheidet damit im für Tirol zentralen Kapitel schon, bevor sie überhaupt begonnen hat. Das sind sehr schlechte Nachrichten und wir brauchen entschiedenen Widerstand aus der Tiroler Bevölkerung, den wir Grüne anführen wollen.“

Südtirols Landeshauptmann **Arno Kompatscher** bezeichnet es als

wichtige Weichenstellung, dass endlich die Ausschreibung für die Konzession der Brennerautobahn in Südtirol erfolgt sei. Die Konzession sei ein zentraler Faktor für die Zukunft der Region und der gesamten Brennerachse. „Wir haben einen ambitionierten Plan entwickelt, der darauf abzielt, den ersten Green Corridor Europas zu schaffen.“ Dieses Projekt umfasse bedeutende Investitionen in Trentino-Südtirol sowie konkrete Maßnahmen zur Reduktion von Lärm- und Luftverschmutzung, wie Schallschutzwände und die Begrenzung des Schwerverkehrs. (pn)